

SPD demokratischer pressediens

P/XXVIII/163
27. August 1973

Abschied von einem Kämpfer

Zum Tode des ersten FDP-Generalsekretärs
Seite 1 / 40 Zeilen

Demokraten beim Moskauer Weltfriedenskongreß ?

Ratschläge für eine schwierige Entscheidung
Seite 2 und 3 / 73 Zeilen

Bundesgrenzschutz im Umbruch

Erkenntnisse einer Informationsreise von
SPD-Bundestagsabgeordneten

Von Heinz Pensky MdB
Mitglied des Bundestags-Innenausschusses
Seite 4 und 5 / 54 Zeilen

Schonfrist für Carstens ist vorbei

Der CDU/CSU-Fraktionsführer bringt sich um
seine Glaubwürdigkeit

Seite 6 / 41 Zeilen

Abschied von einem Kämpfer

Zum Tode des ersten FDP-Generalsekretärs

Karl-Hermann Flachs schöpferische und motorische Wirkung wird nicht nur der FDP und der sozialliberalen Koalition, sondern der deutschen Politik insgesamt fehlen. Dieser Satz im Beileidstelegramm der SPD-Führung an den FDP-Vorsitzenden Walter Scheel faßt in nuce die Situation zusammen, der sich die Bundesrepublik nach dem plötzlichen Tode des ersten Generalsekretärs der Freien Demokratischen Partei gegenüber sieht.

Flach gehörte mit an vorderster Stelle zu den treibenden Kräften in seiner Partei, die mit aller Energie und Entschiedenheit das Bündnis mit der SPD anstrebten, um in diesem deutschen Staate endlich die neuen politischen Zeichen setzen zu können, die er so dringend benötigte. Für Flach gehörte die sozialliberale Koalition zu den drängenden Notwendigkeiten der deutschen Politik. Er hat für sie gekämpft, sobald er in seiner Partei zu führenden Stellungen emporgestiegen war, und er hat sie, nach dem Rückschlag in der konservativen Mende-Epoche, zusammen mit der neuen Parteispitze entschlossen durchgesetzt.

Die Chancen, die diese neue politische Konstellation in der Bundesrepublik und für die Bundesrepublik bot, waren Karl-Hermann Flach immer so großartig erschienen, daß er ungeachtet seiner schon lange schwer angeschlagenen Gesundheit seine ganze Kraft eingesetzt hat, um immer progressiv zu arbeiten, damit das gemeinsame Regierungsprogramm des zügigen Fortschritts und der tief- und weitwirkenden Reformen in den von der Koalition selbst gesetzten Terminen verwirklicht werden konnte.

In diesen Stunden und Tagen wurde in den Nachrufen auf Karl-Hermann Flach mehrfach sein Satz zitiert, daß der Kampf, den seine Partei in dieser neuen Zeit auf sich genommen habe, Kraft, Schweiß und Nerven kosten würde. Er würde es gewiß verstehen, wenn wir diese Parole für alle in Anspruch nehmen, die sich, jeder an seinem Platz, verschworen haben, das Regierungsprogramm Willy Brandts und Walter Scheels mit Energie, Initiative, Durchstehvermögen und Leidenschaft in die Tat umzusetzen. Der Tod, den der 43jährige Generalsekretär der Liberalen mitten in den Sielen erlitten hat, soll uns also nicht nur Anlaß für die berechnete Trauer um einen Kämpfer für eine bessere Zukunft sein. Alle, die zum Millionenbereich der sozialliberalen Koalition gehören, müssen sich angesprochen, aufgefordert und verpflichtet fühlen, noch mehr zu tun als sie bisher schon getan haben.

Erhardt Eckert,
(-/27.8.1973/bgy/ee)

+ + +

Demokraten beim Moskauer Weltfriedenskongreß ?

Ratschläge für eine schwierige Entscheidung

Es ist offensichtlich, daß die Sowjets fest ins europäische Gespräch kommen wollen. Die sowjetischen Gewerkschaften versuchten vor einiger Zeit die Inszenierung eines Europäischen Gewerkschaftskongresses; obwohl sich die geplante Zweite Europäische Regionalkonferenz des Internationalen Arbeitsamtes als ein besseres Forum zur Diskussion und Aussprache über allgemein wichtige europäische Fragen anbietet. Jetzt wird ein erneuter Versuch gestartet: Schemenhaftes Ziel ist die Durchführung einer weltweiten Friedenskonferenz, und Vorstufe dafür ist der für Oktober in Moskau vorgesehene "Weltkongreß der Friedenskräfte". Vorreiter und Sprecher für diesen Plan sind wiederum die sowjetischen Gewerkschaften, verstärkt durch nicht-staatliche Organisationen. Wieder versucht man eilfertig und vordergründig Irrealitäten zu schaffen, obwohl man weiß, daß die großen Unterschiede der Gesellschaftssysteme nur in mühevoller Kleinarbeit verringert werden können. Offensichtlich möchte man westliche Regierungen unter Druck ideologisch ausgerichteter Massenorganisationen setzen, um zu einer einseitig ausgerichteten Weltfriedenskonferenz oder zumindest zu einer entsprechenden europäischen Friedenskonferenz zu kommen.

Im März dieses Jahres hatten sich bereits im Säulensaal des Moskauer Gewerkschaftshauses Sprecher von 40 internationalen und 81 nationalen Organisationen, Parlamentarier und Wissenschaftler, Vertreter von Massenorganisationen aus allen Kontinenten zu einem internationalen Konsultativforum getroffen. In Plenarsitzungen und Problemdiskussionen, bei Treffen von Regional- und Kontinentalgruppen hatten etwa 150 Redner über das vorwiegend politische Ziel der beabsichtigten Friedenskonferenz gesprochen. Bis auf einige wenige Außenseiter, wie Weltverband der Arbeitnehmer und Weltkirchenrat, war man unter sich. Anwesend war der Kommunistische Weltgewerkschaftsbund, die Liga der Arabischen Staaten und die Afro-Asiatische Solidaritätsorganisation, um nur einige wenige zu nennen. In der Anwesenheitsliste tauchen aber auch recht eigenartige Namen auf, wie eine "Berliner Konferenz katholischer Christen aus europäischen Staaten" oder die "Internationale Friedensbewegung der

Esperantisten".

Ein politisches Plus konnte das konsultative Treffen in Moskau jedoch für sich verbuchen: eine Grußbotschaft des UNO-Generalsekretärs Waldheim. Er telegraphierte u.a.: "Viel Erfolg bei der Durchführung des Internationalen Konsultativ-Treffens zur Einberufung eines Weltkongresses der Friedenskräfte". Damit war der erste Schritt zu einer internationalen Anerkennung getan. Der Vorsitzende des Allunionsssowjets des Obersten Sowjets, A.P. Schitikow griff diesen Gedanken auch sofort auf und sagte in seiner Grußbotschaft: "Eine äußerst zeitgemäße und nützliche Aktion im Kampf für die Festigung des Friedens und der internationalen Zusammenarbeit".

Das Konsultativ-Treffen war weltweit aufgezo- gen, doch Schwerpunkt des Weltkongresses wird Europa sein, denn nur hier erscheint den Sowjets ein greifbarer Erfolg möglich. So bemüht man sich mit Nachdruck um die Teilnahme des DGB und des Europäischen Gewerkschaftsbundes. Sicherlich auch aus diesen Überlegungen sitzen im sowjetischen Förderungskomitee der Sekretär des Zenträlrates der Sowjet-Gewerkschaften, Frochorow, Deputierter des Obersten Sowjets und der Leiter der Internationalen Abteilung der Gewerkschaften, Awerjanow.

Der DGB hat noch keine Entscheidung getroffen, er ist skeptisch und zurückhaltend, wenn natürlich willens und bereit, die weltweite Entspannungspolitik zu unterstützen. Er will aber nicht Faulenträger für einen beabsichtigten Donnerschlag sein. Diese Meinung vertrat der DGB bereits zu den sowjetischen Plänen einer europäischen Gewerkschaftskonferenz. Der DGB-Chef Vetter sagte damals: "Man kann zwar Gräben für einen Augenblick überspringen. Aber ihr Zuschütten ist eine illusionslose und mühselige Arbeit, die nur von beiden Seiten getan werden kann."

Auf der Moskauer Konferenz sollen verschiedene Arbeitsgruppen gebildet werden, wie "Friedliche Koexistenz und internationale Sicherheit" oder "Europäische Sicherheit und Zusammenarbeit" oder "Abrüstung" usw.. Wenn in Moskau das Gespräch, wie es auf den Ostberliner Weltjugendspielen begann, fortgeführt werden kann, so sollten sich demokratische Organisationen die Teilnahme überlegen. Doch es muß den Sowjets klar sein: Die Moskauer Konferenz kann kein Vorläufer einer seitenlastig ausgerichteten Friedenskonferenz sein.

Rudolf Walter
(-/27.8.1973/wt/ee)

+ + +

Bundsgrenzschutz im Umbruch

Erkenntnisse einer Informationsreise von SPD-Bundestagsabgeordneten

Von Heinz Pensky MdB

Mitglied des Bundestags-Innenausschusses

Der innere und äußere Strukturwandel beim Bundesgrenzschutz vollzieht sich seit Inkrafttreten des BGS-Gesetzes am 1. April 1973 deutlich und unverkennbar in Richtung auf seine nunmehr klar definierte reine polizeiliche Aufgabenstellung.

Erste Konsequenz: Die fronterprobten Granatwerfer wurden bereits aus den Waffenarsenalen des BGS entfernt und die früher auf gepanzerten Fahrzeugen montierten 7,5 cm Geschütze sind "eingemottet" und warten auf ihren (hoffentlich alsbaldigen) Abtransport. Ausgebildet wird nur noch an solchen Waffen, über die auch die Polizei in den Bundesländern verfügt.

Zweite Konsequenz: Die Ausbildungspläne beim BGS sind denen der Bereitschaftspolizei der Länder angepaßt worden. Das heißt konkret, daß in der planmäßigen Ausbildung der Rechtskundeunterricht (Strafrecht, Strafprozeßrecht, Polizeirecht) dominiert. Die Ausbildung im Gelände ist nur auf polizeiliche Lagen ausgerichtet. Militärischer Drill von der früheren Aufgabenstellung her, um "militärische Angriffe mit der Waffe abzuwehren", ist, wie das Gesetz es vorsieht, entfallen. Sport und waffenlose Selbstverteidigung sind umfassender als früher vorzufinden.

Von dem Bewußtsein, nicht mehr in militärischen, sondern nur noch in polizeilichen Kategorien zu denken, ist - von wenigen Einzelausnahmen abgesehen - das gesamte Ausbildungsper-

sonal des BGS durchdrungen. Uneingeschränkt herrscht die Auffassung, daß die neugesteckten Ausbildungsziele mit Kurzdienenden nicht zu erreichen sind; deshalb wird allerseits der Verzicht auf die Heranziehung von Dienstpflichtigen und kurzdienenden Zeitbeamten gefordert. Ob der Kombattantenstatus nach der neuen Konstruktion des BGS noch erforderlich ist, wird in weiten Kreisen des Ausbildungspersonals des BGS immer stärker in Zweifel gezogen.

Die Forderung, insbesondere von jüngeren Ausbildern (Offizieren und Unterführern), nach einer stärkeren Zusammenarbeit in der Ausbildung von BGS-Beamten mit erfahrenen Beamten aus dem Polizeidienst der Länder ist teilweise ausgeprägter als der Ehrgeiz, die Polizeiausbildung im BGS mit eigenen Kräften durchzuführen. Dem erstgenannten Anliegen sollte sich die BGS-Führung nicht verschließen.

Zwischen Theorie und Praxis - und auch das darf nicht übersehen werden - besteht freilich hier und da immer noch ein eklatanter Unterschied. Nicht vertretbar erscheint es mir, daß BGS-Beamte nach völlig unzulänglicher Ausbildung von drei bis vier Monaten bereits zur Unterstützung der Länderpolizei für Polizeieinsätze herangezogen werden. Es ist sicherlich nicht zu verkennen, daß infolge der gestiegenen Polizeiaufgaben, insbesondere auch durch die notwendige verstärkte Sicherung der Flughäfen, die Kräfte der Länderpolizeien nicht ausreichen. Was völlig zu Recht die verantwortlichen Innenminister der Länder jedoch für nicht vertretbar halten, nämlich Beamte der Bereitschaftspolizei vor Ablauf einer grundlegenden Polizeiausbildung zu Polizeieinsätzen heranzuziehen, muß auch für die Beamten des Bundesgrenzschutzes gelten. Der Bundesgrenzschutz benötigt eine längere Atempause, um die Ausbildung seiner Beamten so zu vollziehen, daß sie den an sie gestellten polizeilichen Auftrag erfüllen können.

(-/27.8.1973/wt/ee)

Schonfrist für Carstens ist vorbei

Der CDU/CSU-Fraktionsführer bringt sich um seine Glaubwürdigkeit

Die Zeitungen, in denen über das informative Sachgespräch des Bundeskanzlers mit dem CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Prof. Karl Carstens berichtet wurde, sind noch nicht archiviert, da strapaziert der erste parlamentarische Gehilfe des CDU-Vorsitzenden Dr. Kohl erneut die Geduld der deutschen Öffentlichkeit. Vor dem Brandt-Empfang hatte Carstens die unfundierte Behauptung von einer angeblichen Neutralitätslastigkeit der sozialliberalen Bundesregierung in die Welt gesetzt und die westliche Bündnistreue des Brandt/Scheel-Kabinetts bezweifelt. Die korrigierende Sachaufklärung, die ihm der Kanzler umfassend gegeben hat, nützte nichts: Carstens wiederholt seine aus dem Wind gegriffenen Anklagen wie ein störrischer Ackergaul.

Die Enttäuschung, die das christdemokratische Wunderkind auch den fortschrittlichen und damit als "links" beargwöhnten Kräften in der CDU bereitet, könnte unnotiert bleiben, wenn nicht die Gefahr einkalkuliert werden muß, daß ein mit der Gedankenbeengtheit dieser CDU-Führung nicht vertrautes Ausland die Carstens-Behauptungen zu ernst nehmen könnte. Angesichts dieses Tatbestandes wird es notwendig sein, daß über die zuständigen Stellen des Bundeskabinetts den Vertretern der in Frage kommenden Regierungen und der öffentlichen Meinung des Auslandes verdeutlicht wird, daß, wie es der SPD-Bundesgeschäftsführer Holger Börner erklärt hat, der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende seine Zweifel an der Treue der SPD/FDP-Regierung am westlichen Bündnis "wider besseres Wissen" geäußert hat und daß sie "von Demagogie und Mangel an Verantwortung zeugen".

Die Aufgaben, vor denen die sozialliberale Koalition steht, sind so groß und so umfassend, daß der jetzt wiederholte Versuch des CDU/CSU-Fraktionsführers, aus rein innerpolitischen Beweggründen der Brandt/Scheel-Regierung außenpolitisch schaden zu wollen und damit die ganze Bundesrepublik ins Zwielficht zu treiben, mit der notwendigen Entschlossenheit gestoppt wird. Jeder, den es angeht: im In- und im Ausland, muß wissen, woran er mit Prof. Karl Carstens und seiner Glaubwürdigkeit wirklich ist. Die 100 Tage Schonfrist, die dem neuen Mann der CDU gegeben wurden, sind vorbei. (ee/27.8.1973/bgy/ja)